

Auch die Vereinigung der Behinderten hat die Regierung aufgefordert, das Problem der Armut behinderter Menschen zu lindern. Der Vorsitzende dieser Vereinigung, Deng Pufang, Sohn von Deng Xiaoping und selbst an den Rollstuhl gefesselt, nannte die Zahl von 17 Millionen behinderter Menschen in China, die von der Armut betroffen sind. Offiziellen Angaben zufolge sollen seit 1992 bereits drei Millionen behinderte Menschen durch Förderungsmaßnahmen aus ihrer Armut herausgekommen sein. (SCMP, 21.10.97)

Um die soziale Unruhe einzudämmen, die in manchen Gebieten in Form von Demonstrationen arbeitsloser Städter und verarmter Bauern aufgetreten ist, hat die Regierung hochrangige Vertreter in die verschiedenen Zentren gesandt. Diese haben eine Unterstützung für den landwirtschaftlichen Sektor zugesagt und die Lokalregierungen davor gewarnt, niedrigere als zentralstaatlich festgelegte Ankaufpreise für Getreide zu zahlen. (SCMP, 14.10.97)

SVR Hongkong

25 Die Unabhängige Antikorruptionskommission behauptet sich – Beijing stärkt Disziplinaufsicht in Hongkong

Unter der britischen Kolonialverwaltung hatte die *Independent Commission Against Corruption* (ICAC) als Organisation gegolten, die dank politischer Unabhängigkeit und umfassender Ermittlungsbefugnisse die Korruption in Regierungs- und Polizeiparagrafen erfolgreich eindämmte. Wegen ihrer Intransparenz wurde die Kommission gelegentlich auch als Geheimpolizei kritisiert, die ohne öffentliche Kontrolle operiere.

Die im April - also noch unter britischer Herrschaft - ernannte neue Hongkonger Kommissarin für Korruptionsbekämpfung (*lianzheng zhuan-yuan*) und Leiterin der ICAC, Lily Yam Kwan Pui-ying, bemüht sich um eine Veränderung dieses Images. Die fünfzigjährige Frau Yam ist die erste Frau an der Spitze der ICAC und verfügt über 25 Jahre Arbeitserfahrung in der Hongkonger Verwaltung. Sie ist offenkundig dazu ent-

schlossen, sich den neuen Herausforderungen nach der Machtübernahme durch die VR China zu stellen: Die ICAC soll zu einem offeneren, in der öffentlichen Diskussion präsenten Organ werden. (SCMP, 1.11.1997)

Seit Juni hat die ICAC eine Reihe von spektakulären Ermittlungen und Verhaftungen durchgeführt, die einige hochkarätige Hongkonger Finanz- und Handelsinstitutionen wie etwa die Mandarin Oriental Group traf. Die Ermittlungen demonstrieren einerseits die Entschlossenheit, einer Ausbreitung von Korruptionsphänomenen in Hongkong entgegenzutreten. Ängsten in der Bevölkerung und in der Geschäftswelt soll auf diese Weise von Anfang an entgegengewirkt werden. Insofern steht auch ein politischer Imperativ hinter der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit der ICAC. Zugleich wurde die Ermittlungsabteilung (Operations Department) durch 40 neue Beamte verstärkt und die Ausstattung verbessert. Schon Anfang dieses Jahres war bekanntgegeben worden, daß die ICAC den Einsatz verdeckter Ermittler und Informanten verstärken werde.

Die ICAC genießt weiterhin sehr hohes Ansehen in Hongkong und hat nun auch eine kleine Abteilung für internationale Kooperation eröffnet, um der Internationalisierung von Wirtschaftsverbrechen wirkungsvoller entgegenwirken zu können. Frau Yam hat auch damit begonnen, Kontakte nach Beijing zu pflegen. Anfang November 1997 reiste sie für sechs Tage in die chinesische Hauptstadt sowie nach Guangdong, um mit den dortigen Behörden für Korruptionsbekämpfung zu konferieren. (SCMP, 4.11.1997) In den Gesprächen dürfte es auch um einen verbesserten Informationsaustausch im Hinblick auf irreguläre Finanz- und Investitionsgeschäfte chinesischer Geschäftsleute und Funktionäre in Hongkong gegangen sein.

In Beijing versicherte der Stellvertretende Direktor des Staatsratsbüros für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten, Liu Mingqi, daß die ICAC ihren unabhängigen Status behalten werde und daß Beijinger Behörden nicht in Korruptionsermittlungen von Hongkonger Stellen eingreifen würden.

Nach Informationen der Hongkonger *Hsin Pao* (20.10.1997) hat die Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Hongkong eine Sondereinheit für Korruptionsermittlungen errich-

tet. Die Einheit, die im alten Gebäude der Bank of China untergebracht ist, befaßt sich ausschließlich mit Unregelmäßigkeiten in den Operationen chinesischer Staatskonzerne in Hongkong. Li Peng und Zhu Rongji sollen während ihres Hongkong-Aufenthaltes im September den in Hongkong tätigen hochrangigen chinesischen Wirtschaftsvertretern verkündet haben, daß Korruptionsdelikte strikt verfolgt würden.

Einige korrupte Geschäftsleute aus der VR China, so *Hsin Pao*, hätten in der Vergangenheit unter dem Vorwand „politischer Verfolgung“ mit Erfolg Asyl in westlichen Ländern beantragt und seien auf diese Weise Korruptionsermittlungen von Hongkonger und Beijinger Stellen entgangen. Auch hätten sich nicht wenige eine neue Staatsbürgerschaft in südamerikanischen Ländern „gekauft“.

Ob die Bemühungen der ICAC und Beijings um eine Eindämmung der Korruption in Hongkong dauerhaft für ein sauberes Wettbewerbsumfeld sorgen, wird entscheidend davon abhängen, wie gut die beiderseitigen Ermittlungsorgane zusammenarbeiten. Bis jetzt jedenfalls ist keine dramatische Verschärfung der Korruptionsentwicklung in Hongkong festzustellen. -hei-

26 Dong Jianhuas Regierungserklärung: Abschied vom wirtschaftspolitischen „laissez faire“?

In seiner ersten umfassenden Regierungserklärung (*policy address* bzw. *shizheng baogao*) formulierte Regierungschef Dong Jianhua am 8. Oktober eine implizite Abkehr von der „positive non-intervention“ und dem wirtschaftspolitischen „laissez faire“ der ehemaligen Kolonialregierung. Die SVR-Regierung strebt eine wesentlich aktivere Rolle in der Hongkonger Wirtschaft durch gezielte Förderung der Forschung und Produktion insbesondere im Bereich der Hochtechnologie an. Für die nächsten fünf Jahre kündigte Dong zusätzliche Regierungsinvestitionen in Höhe von insgesamt mehr als zehn Milliarden US-Dollar an, die unter anderem in die Infrastruktur, das Bildungswesen, das soziale Sicherheitssystem und den Wohnungsbau fließen sollen.

In seiner „Neuen Vision“ für die langfristige Zukunft Hongkongs rief Dong dazu auf, sich frei zu machen von den „psychologischen Beschränkungen

der Kolonialära“. Dong bekundete zugleich seine Entschlossenheit, drängende Herausforderungen (insbesondere im Bildungswesen, im Wohnungsbau und in der Alterssicherung), die unter britischer Kolonialherrschaft unbewältigt geblieben sind, in den kommenden Jahren entschlossen anzugehen. (Gesamttext der Regierungserklärung in: Hong Kong Special Administrative Region Information Services Department internet web site, 8.10.1997, nach SWB, 10.1.1997)

Eine Vielzahl von Kommissionen soll die Regierung unter anderem in Fragen der Informationstechnologie, des Forschungs- und Bildungssystems und auch der Entwicklung der Film- und Unterhaltungsindustrie beraten. Großes Gewicht dürfte die neu einzurichtende Kommission für die Strategische Entwicklung unter dem Vorsitz Dongs gewinnen, deren Hauptaufgabe es sein wird, für die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs Vorschläge zu erarbeiten. In die Arbeit der Kommission sollen vielfältige Faktoren wie das Wettbewerbs- und Steuersystem, Bildungswesen und Forschung, Infrastruktur und Umwelt sowie die Beziehungen zum chinesischen Festland einbezogen werden.

Dong schlug einen Ausbau von grenzübergreifenden Infrastrukturprojekten im kantonesischen Raum und eine gezielte Anwerbung von talentierten Nachwuchsforschern aus der VR China vor. Erklärtes Ziel ist es, Hongkong mit verstärkter Förderung angewandter Forschung insbesondere auf dem Gebiet der Informationstechnologie zu einem „Innovationszentrum nicht nur für uns selbst, sondern für Südchina und die Region“ zu machen.

Keinen Zweifel ließ Dong daran, daß die Wahrung und Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs das wichtigste Ziel der Regierungsarbeit ist. Insofern läßt sich die Grundhaltung ohne weiteres als dezidiert „pro-business“ bezeichnen. Zugleich umwarb Dong aber auch weniger wohlhabende Bevölkerungsschichten, indem er etwa die Bereitstellung von erschwinglicherem Wohnraum (85.000 Apartments jährlich sollen mit Regierungshilfe fertiggestellt werden) oder eine verbesserte Versorgung für alte Menschen durch Regierungsprogramme zu fördern versprach.

Dong hat sich seit seiner Amtsübernahme mehrfach zu der Vision bekannt, in Hongkong eine Gesellschaft

„mit einem klaren Sinn für die einzuschlagende Richtung“ zu schaffen. In seiner Regierungserklärung vertrat er das Ziel einer Gesellschaft, die „sowohl reich als auch warmherzig, sowohl frei als auch geeint, sowohl weltläufig als auch kulturell selbstbewußt“ ist. Gesellschaftspolitisch vertritt Dong konfuzianistisch klingende Vorstellungen eines wohlwollenden Paternalismus, der mit einem effizienz- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftssystem in Einklang gebracht werden soll. Damit ist er in der Theorie nicht weit von den Grundsätzen des „Singapur-Modells“ entfernt.

Aufgrund der auffälligen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Parallelen wurde in der Tat schon das Schlagwort der „Singapurisierung Hongkongs“ (*Financial Times*, 8.9.1997; *The Economist*, 11.10.1997, S.76) in die Diskussion gebracht. Angesichts der sehr unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur wie auch angesichts des besonderen politischen Status Hongkongs ist es allerdings fraglich, wie weit solche vereinfachenden Analogien tatsächlich tragen. -hei-

27 Bildungspolitische Aspekte der Regierungserklärung

In seiner Regierungserklärung (Wortlaut veröff. in SCMP, 9.10.97) widmete Dong Jianhua dem Bildungswesen breiten Raum. Damit machte er deutlich, daß es ihm ernst ist mit seiner gleich zu Beginn seiner Amtszeit verkündeten Absicht, dem Bildungswesen Priorität einzuräumen. Er wiederholte seine Äußerung vom 1. Juli, daß Bildung der Schlüssel für Hongkongs Zukunft sei. Die wichtigsten Themen betrafen die Förderung von Qualitätsbildung, die Lehrer, das Sprachenproblem, die Ganztagschule, die Hochschulbildung, die Neuordnung des Bildungssystems und die Lehrpläne.

Qualitätsbildung: Die Regierung will 5 Mrd. HKD für die Gründung eines Fonds zur Entwicklung von Qualitätsbildung bereitstellen. Mit diesem Fonds sollen Innovation, Wettbewerb und die Eigeninitiative von Schulen für Reformen gefördert werden. Die Gelder können flexibler eingesetzt werden als die normalen staatlichen Zuwendungen. Alle Schulen sollen künftig Pläne und Leistungsziele aufstellen, Jahresberichte veröffentlichen und faire Bewertungen von Lehrern durchführen. Schulleiter sollen mehr

Spielraum erhalten, um ihre Pläne zu verwirklichen.

Lehrer: Ziel ist die Schaffung einer hochmotivierten und hochqualifizierten Lehrerschaft. Zur Anhebung des Status der Lehrer sind u.a. folgende Maßnahmen vorgesehen: Gründung einer Berufsorganisation für Lehrer; Einführung der Hochschulbildung für Grundschullehrer, statt im Jahre 2007 sollen bereits 2001 35 Prozent aller Grundschullehrer graduiert sein; Einführung des 10. September als Lehrertag (wie in der VR). Eine Höherstufung der Grundschullehrerausbildung würde den Status der Primarschullehrer anheben und zugleich die Qualität des Unterrichts auf dieser Schulstufe verbessern. Sie bedeutete einen Vorsprung gegenüber der Lehrerbildung in Festlandchina, wo man gegenwärtig erst dabei ist, für Grundschullehrer den Abschluß pädagogischer Sekundarschulen zur Norm zu machen.

Sprachenproblem: Die Frage der Unterrichtssprache ist die in der Hongkonger Bevölkerung umstrittenste Reform im Bildungswesen. Beschlossene Sache ist, daß ab dem Schuljahr 1998/99 an allen Schulen der muttersprachige Unterricht, d.h. Unterricht in Chinesisch, eingeführt wird und damit der Unterricht in englischer Sprache zumindest auf der Primarstufe entfällt. Auch die Mehrzahl der Sekundarschulen soll Chinesisch als Unterrichtssprache einführen; lediglich ein kleiner Teil (etwa ein Viertel) darf mit spezieller Genehmigung und bei entsprechenden Voraussetzungen weiter auf Englisch unterrichten (vgl. dazu C.a., 1997/3, Ü 19). Lediglich im Hochschulbereich soll (vorher?) weiter auf Englisch gelehrt werden.

Dong hat die Reform der Unterrichtssprache bestätigt und dazu folgendes angemerkt: Um Hongkongs Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sei die Sprachkompetenz in Chinesisch und Englisch entscheidend. Deshalb verfolge die Regierung das Ziel, daß Sekundarschulabsolventen das Englische und Chinesische schriftlich beherrschen und sich mündlich in Kantonesisch, Englisch und Putonghua (Hochchinesisch) verständigen können. Putonghua (das bisher in Hongkonger Schulen nicht gelehrt wurde) solle ab 1998 in die Lehrpläne der Sekundarschulen aufgenommen und ab 2000 Prüfungsfach werden. Um das Niveau des Englischunterrichts anzuheben, sollen ab dem nächsten Jahr 700 zusätzliche Englischlehrer, deren

Muttersprache Englisch ist, eingestellt werden. Ab 1998 sollen für alle Lehrer klare Anforderungen hinsichtlich der Sprachkompetenz aufgestellt werden, die die Lehrer bis zum Jahr 2000 erfüllen müssen. Entsprechend werden für alle Lehrer Weiterbildungsmaßnahmen für die jeweiligen Sprachen geschaffen.

Schulen und Lehrer sind grundsätzlich für die Einführung des Chinesischen als Unterrichtssprache. Die pädagogischen Argumente brachte auch Dong in seiner Rede: Das Niveau des Unterrichts ebenso wie die Lernfähigkeit der Schüler ist besser, wenn der Unterricht in den Fächern, die nicht Sprachen betreffen, in der Muttersprache abgehalten wird. Überdies kann dann der Unterricht in den Sprachen (Chinesisch und Englisch) fachgerechter erfolgen. Dennoch schwelt der Streit um das Sprachenproblem weiter. Die Schulen stehen in einem Konflikt: Einerseits befürworten sie die Reform aus pädagogischen Gründen, andererseits sind sie mit der ablehnenden Haltung vieler Eltern konfrontiert, die der Meinung sind, eine englischsprachige Schule führe zu besseren Jobs für ihre Kinder. Auch von Lehrerseite gibt es Einwände, vor allem den, daß sich die Lehrer nicht in der Lage sehen, ihre Fächer statt wie bisher in Englisch nun plötzlich in Chinesisch unterrichten zu müssen. Sie haben ihre Ausbildung in Englisch erhalten und sind nicht darauf vorbereitet, in Chinesisch zu unterrichten. Eine Interessengemeinschaft aus Lehrern, Eltern und Schülern plädiert für eine Verschiebung der Reform um drei Jahre, damit die Lehrer genügend darauf vorbereitet werden können, in Kantonesisch zu unterrichten (vgl. SCMP, 3.10.97). Die Weiterbildung der Lehrer und das Pädagogikstudium werden derzeit auf die neuen Anforderungen hin ausgerichtet. Neben Fortbildungskursen in Kantonesisch werden solche für Putonghua eingerichtet, und an den Universitäten wird das Pädagogikstudium stärker auf Kantonesisch ausgerichtet (SCMP, 6.10.97, 14.10.97; vgl. auch IHT, 14.10.97).

Ganztagsschule: Auf Primarschuleebene soll die Ganztagsschule eingeführt werden, und zwar sollen bis zum Jahr 2002 60 Prozent aller Grundschüler ganztägige Schulen besuchen. Dafür müßten zahlreiche neue Schulen gebaut werden, für die jedoch passende Grundstücke (und das Geld) fehlen. Aus diesem Grunde verteidigte Dong in seiner Rede die vorgesehene Maßnahme, die Klassen-

größe vorübergehend leicht auf durchschnittlich 34,5 Schüler anzuheben.

Hochschulbildung: Der tertiäre Bildungssektor soll international wettbewerbsfähiger gemacht werden. Eine seiner Aufgaben soll die Verbesserung der Sprachkompetenz der Studenten sein. Deshalb soll die Sprachausbildung intensiviert und sollen Sprachexamen eingeführt werden. Wer nicht bestimmte Sprachenkenntnisse vorweisen kann, soll keinen Zugang zur Hochschule haben. Die Universitäten sollen Orte interkulturellen Studierens und Austauschs sein. Ab dem nächsten Studienjahr soll der Anteil nicht aus Hongkong stammender Studenten von 2 auf 4 Prozent und derjenige von Postgraduierten von 20 auf 30 Prozent erhöht werden. Die Offene Universität erhält eine Zuwendung von 50 Mio. HKD zum Ausbau des Fernstudiums für Erwachsene. Sie soll Kurse in Englisch und Chinesisch für Studierende aus Hongkong und vom Festland anbieten und ein erstklassiges Zentrum werden.

Neuordnung des Bildungssystems: Dong kündigte an, daß die gesamte Struktur des gegenwärtigen Bildungssystems einer Überprüfung unterzogen werden solle. Jede Schulstufe von der Vorschul- bis zur Hochschulstufe werde überprüft hinsichtlich Schulalter, Schuldauer, Lehrplan und Übergang. Geplant sei z.B. die Verlängerung des Hochschulstudiums von drei auf vier Jahre. Ferner solle Privatschulen eine größere Rolle in bezug auf Innovationen zukommen. Das Prüfungssystem solle einer kritischen Neubewertung unterzogen werden, und die Universitäten sollten ihre Zulassungskriterien überprüfen, indem z.B. außerfachliche Leistungen wie Gemeinschaftsdienst, Kunst oder Sport stärkere Anerkennung finden. (Es ist vorauszusehen, daß sich die Struktur des Bildungswesens stärker an dasjenige der Volksrepublik angleichen wird.)

Lehrpläne: In den Lehrplänen soll der Unterricht in chinesischer Geschichte und Kultur verstärkt werden. Diese seien Teil des Erbes der vorwiegend chinesischen Bevölkerung in Hongkong. Auch naturwissenschaftliche Fächer sollen stärker berücksichtigt werden, weil sie für die moderne Welt von besonderer Bedeutung seien. (Auch hier dürfte es zu einer schrittweisen Angleichung an die Lehrpläne der VR China kommen.)
-st-

28 Schwere Kurseinbrüche an der Hongkonger Börse

Im Oktober wurde die Börse in Hongkong von extremen Kursschwankungen betroffen. Kurssprünge umfaßten Einbrüche bis zu 14% an einem Tag und erneute Kurssteigerungen von 19% an einem Tag. Ausgelöst vom Kursfieber der Wall Street verzeichnete der Hang Seng Index am 29.10.97 mit einer Zunahme von 1.705 Punkten sogar einen Lokalrekord. (SZ, 30.10.97)

Der Hang Seng Index (HSI) wird seit 1969 veröffentlicht und umfaßt 33 Hongkonger Titel. Die Auswahl der Unternehmen für den HSI erfolgt danach, wieviel Kapital der Unternehmen im Börsenhandel ist. Erste Adressen im HSI sind die Cathay Pacific, die Bank East Asia, die Finanzholding HSBC und die Swire-Gruppe. Seit Juni existiert auch ein Index für sogenannte *red chips*, das sind die Unternehmen mit Finanzkapital aus China, die an der Börse in Hongkong notieren. Der neue Index ist der „Hang Seng China Affiliated Cooperation Index“ (HSCCI).

Mit einem Einbruch um 1.438,31 Punkten bzw. 13,7% mußte der HSI am 28.10. den bisher größten Punktverlust hinnehmen und lag dann auf einem Niveau von 9.059,80 Punkten. Im Vergleich zum 1. Oktober verlor der HSI damit 40%. (SZ, 29.10.97)

Die Kurseinbrüche waren durch spekulative Verkäufe von Hongkong-Dollar ausgelöst worden, nachdem Zweifel aufgekommen waren, ob die Hongkonger Regierung die feste Bindung an den US-Dollar beibehalten wird. Andere Währungen in Asien mußten bereits die feste Dollar-Parität auflösen und stark abwerten.

Als eine Maßnahme zur Kursstützung kauften Ende Oktober 28 Firmen eigene Aktien wieder in größerem Maße zurück. Die Hongkonger Börsenverwaltung berichtete, daß die Cathay Pacific am 24.10. 4,75 Mio. Aktien zu Preisen von 8, bis 8,35 Hongkong-Dollar aufgekauft habe. Auch die Hang Seng Bank und Swire kauften größere Aktienpakete zurück und trugen damit zur Erholung der Börse bei. (HB, 28.10.97)

Zur Abwehr spekulativer Angriffe setzte die Hongkonger Regierung als Instrument die kurzfristigen Zinsen hoch. Die Overnight-Interbank-Rate stieg auf 250%, mittelfristige Zinsen betragen zwischen 30 und 50%. Als

problematisch wird jedoch der Anstieg der Hypothekarzinsen angesehen, der durch die Erhöhung der Bankzinssätze am 23.10.97 um 0,75% auf 9,5% ausgelöst wird. Steigende Zinsen werden als negativ für die weitere Entwicklung des Immobilienmarktes angesehen. (NZZ, 24.10.97)

Die Hongkonger Regierung hat unter dem Eindruck der Börseneinbrüche und Schwierigkeiten auf dem Immobilienmarkt bereits die Erwartungen an das diesjährige Wirtschaftswachstum korrigiert. Unter Berücksichtigung von Zinsanstieg und die teure Währung wird anstatt mit einer 5,5%-igen Wachstumsrate mit einem Wachstum von 4,75% gerechnet. (NZZ, 24.10.97; HB, 24./25.10.97)

Die Hongkonger Börseneinbrüche lösten weltweit starke Schwankungen an den Börsen aus. (NfA, 29.10.97) Die Börsenentwicklung in Hongkong und insbesondere der Vertrauensverlust in die *red chips* haben den Zugang festlandchinesischer Unternehmen an den Hongkonger Aktienmarkt erschwert. Bisher waren die Aktien dieser Unternehmen sehr gefragt, und die Hongkonger Börse war eine wichtige Finanzierungsquelle für die Staatsunternehmen aus Festlandchina gewesen, sowohl über *red chips* als auch über die H-Aktien, das sind Aktien festlandchinesischer Unternehmen, die zusätzlich an der Börse in Hongkong notieren. Zukünftig wird wohl die Marktnachfrage differenzierter ausfallen als bisher. (AWSJ, 28.10.97) Ein Beispiel hierfür war bereits die Emission von Chongqing Iron & Steel Mitte Oktober. Während die Beijing Enterprise bei ihrem Börsengang in der ersten Jahreshälfte noch eine Überzeichnung um das 1275fache verbuchen konnte, blieb die Emission von H-Aktien der Chongqing Iron & Steel bei 77% stecken. (NZZ, 23.10.97) -schü-

Macau

29 3,2% Ausgabensteigerung im Haushalt 1998

Das Ausgabenbudget 1998 wird nach dem Haushaltsplan der Regierung gegenüber dem laufenden Jahr um 3,2% auf 10,7 Mrd. Patacas (rd. 1,35 Mrd.US\$) steigen. Zum großen Teil sind die Gelder gedacht für Bildung, Kultur, Gesundheit, Soziales, Sicher-

heit, Verbesserung des Lebensstandards, Ausbau der Infrastruktur usw. Für die Infrastruktur werden 1,9 Mrd. Patacas (rd. 240,5 Mio.US\$) zur Verfügung gestellt, 300 Mio. Patacas (rd. 37,97 Mio.US\$) mehr beim Jahresvergleich. Zu den wichtigsten Projekten gehören hier eine Brücke für die Verbindung von Macau mit Zhuhai (Provinz Guangdong) auf dem chinesischen Festland, die Müllbeseitigung und weitere Sozial Einrichtungen. Trotz der Ausgabensteigerung wird weiterhin kein Defizit im Haushalt entstehen. (XNA, 22.10.97)

In den ersten sieben Monaten d.J. wies der Haushalt der Regierung einen Überschuß von 310 Mio. Patacas (rd. 39,24 Mio.US\$) auf, 36% weniger im Vergleich zum gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Während die Ausgaben um 4,8% auf 4,7 Mrd. Patacas (rd. 594,9 Mio.US\$) stiegen, legten die Einnahmen mit 5 Mrd. Patacas (rd. 632,9 Mio.US\$) nur um 0,7% zu. Die Steuereinnahmen aus dem Betrieb der Spielkasinos erhöhten sich trotz der rückläufigen Touristenzahlen allerdings überdurchschnittlich um 4%. Andererseits lagen die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst mit 10% und die Ausgaben der Regierung für Anschaffungen von Gütern sowie Dienstleistungen mit 13,2% jedoch weit über dem Durchschnitt. (XNA, 8.10.97) -ni-

30 Neue Opfer im andauernden Bandenkrieg

Im Berichtsmonat sind wieder mehrere Personen im bereits länger andauernden Kampf um den Anteil am Spielkasinogeschäft zwischen den Triaden 14 K und Shui Fong - chinesische Mafiaorganisationen - ums Leben gekommen. Am 19. Oktober wurden zwei Männer beim Schußwechsel vor einem Hotel getötet und schon eine Woche darauf, am 26. Oktober, gab es ein weiteres Opfer, Leung Kwok-hung, der im Gebäude nahe dem Polizeihauptquartier erschossen wurde. Ein Wachmann dieses Gebäudes wurde, als er die Schießerei hörte und zum Tatort lief, durch zwei Schüsse verletzt. Leung war aktiv am Kasinobetrieb beteiligt und galt als einer der Führer der 14 K-Triade. Damit sind seit dem letzten Jahr in Macau bereits mehr als 20 Personen erschossen bzw. erstochen worden oder durch Feuerbomben ums Leben gekommen. (SCMP, 27.10.97)

Da die portugiesische Enklave in zwei Jahren an China zurückgegeben wird, macht die zunehmende Kriminalität dort daher auch der chinesischen Regierung Sorgen. Sie hat die portugiesische Regierung ermahnt, schnellstens Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit zu ergreifen. (Vgl. C.a., 1997/6, Ü 32) -ni-

Taiwan

31 Rückschläge der „pragmatischen Diplomatie“

Die UNO hat zum fünftenmal eine Debatte über die Rückkehr der Republik China (Taiwan) in die Weltorganisation abgelehnt. (LHB, 19.9.97; FCJ, 3.10.97) Die Republik China, ein Gründungsmitglied der UNO, wurde 1971 durch die 2758. Resolution der Vollversammlung der UNO gezwungen, ihren Sitz an die VR China abzugeben. Seit 1993 bemüht sich die Taipeier Regierung unter dem Mottó „pragmatische Diplomatie“ (*wushi waijiao*) um eine Doppelrepräsentation Chinas in der UNO. Jedes Jahr bat sie die mit ihr befreundeten Staaten, einen Antrag auf eine erneute Diskussion der 2758. Resolution zu stellen. Doch bislang wurde dies stets von dem für die Aufstellung der Tagesordnung der Vollversammlung zuständigen Lenkungsausschuß abgelehnt. Einschließlich Südafrikas, das einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan für Ende d.J. bereits angekündigt hat, wird die Republik China auf Taiwan z.Z. von nur 30 Ländern anerkannt, von denen auch nicht alle UNO-Mitglieder sind.

In diesem Jahr haben neun Staaten als Initiatoren den Antrag auf eine Rückkehr Taiwans in die UNO im Lenkungsausschuß eingebracht (im letzten Jahr waren es 16 Initiatoren). Am 17. September haben 47 Staaten bei der Debatte im Lenkungsausschuß eine Rede gehalten, davon 32 dagegen und 15 dafür, den Antrag auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Daraufhin wurde der Antrag wie in den Jahren 1993-1996 vom Präsidenten der Vollversammlung, der den Lenkungsausschuß leitete, infolge mangelnden Konsensus als gescheitert erklärt. Peinlich für Taiwan war es, daß Panama und Paraguay kein Wort für den Antrag ergriffen, hatten doch beide beim Staatsbesuch